

Kapitel 5: Arbeit – Wirtschaft – Soziale Sicherheit

*„Das ist ein Fasten, wie ich es liebe:
die Fesseln des Unrechts zu lösen,
die Stricke des Jochs zu entfernen,...
an die Hungrigen dein Brot auszuteilen,
die obdachlosen Armen ins Haus aufzunehmen.“ (Jesaja 58,6-7)*

*„Es gab auch keinen unter ihnen, der Not litt. ...
Jedem wurde so viel zugeteilt, wie er nötig hatte.“ (Apostelgeschichte 4,34-35)*

Diese beiden Bibelstellen sind dem Kapitel 5 (S. 68-85) vorangestellt, das in gewissem Sinn das Herzstück des Sozialwortes bildet. Die Kernfragen der gesellschaftlichen Entwicklung unter den Bedingungen des **Neoliberalismus** - großer Reichtum und Privatisierung auf der einen Seite, sozialer Abbau und wachsende Armut auf der anderen Seite - werden hier angesprochen.

Die österreichischen Kirchen nehmen eindeutig gegen vorherrschende politische und geistige mainstreams Stellung und setzen sich für eine sozialere, miteinander in Kommunikation solidarisch verbundene Gesellschaft ein. Sie kritisieren, dass eine so reiche Gesellschaft wie die europäische sich selbst Sachzwänge schafft, die es vielen Menschen nicht mehr ermöglichen, in Würde zu leben. Das Christentum nimmt sich als soziales Gewissen einer politisch und sozial kälter werdenden Gesellschaft wahr.

Arbeit (S. 68-74)

Neben Erwerbsarbeit und dem lebensnotwendigen Einkommen für die Mehrzahl der Millionen von Menschen wird die nicht bezahlte, gesellschaftlich notwendige Arbeit gewürdigt. Arbeiten ist grundsätzlich notwendig, um zu leben. Arbeit gibt dem Leben Sinn und soziale Eingliederung in die Gesellschaft (163f). Die **wachsende Jugendarbeitslosigkeit** und die **Chancenlosigkeit 40-50jähriger und Älterer** am Arbeitsmarkt werden als Skandal betrachtet (165). **Ungerechtigkeiten** in der Arbeits- und Einkommensverteilung zwischen Männern und Frauen (166f) bestehen sowohl am Arbeitsmarkt als auch bei den häuslichen Tätigkeiten (Erziehung, Haushalt, Pflege).

Die neue Klasse der "**working poor**" drückt den Skandal aus, dass viele neue Arbeitsformen nicht zum Leben ausreichen, mehrere Jobs kombiniert werden müssen und bei all dem immer weniger soziale Sicherheit besteht (168). Das Elend der MigrantInnen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt kommt zur Sprache (169). Die Kirchen identifizieren sich mit den Zielen der Kampagne "Gute Arbeit" (170) und treten vehement für den gesetzlich arbeitsfreien Sonntag (171) ein. Arbeit müsse so organisiert werden, dass das kreative Mitwirken an der Schöpfung Gottes als Lebenssinn verwirklicht werden kann.

Die weltweiten Handels- und Wirtschaftsbedingungen sorgen dafür, dass es in anderen Ländern Billiglohnarbeit, Kinderarbeit und andere sklavereiähnliche Arbeitssituationen gibt. Bemühungen der ILO (International Labour Organization) werden anerkannt (173f). Die Kirchen fordern ein **Grundrecht auf Arbeit und Einkommen sowie auf menschenwürdige Arbeit** (175f). Sie wollen mit ihren eigenen Möglichkeiten und bei der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft Mitbestimmung, Einkommensgerechtigkeit und familienfreundliche Betriebe,

Arbeitslosenprojekte und soziale Schwerpunkte unterstützen, fördern und verwirklichen (177-181).

Von der Politik erwarten sie eine Arbeitsmarktpolitik, die mehr auf qualitative und menschenwürdige Arbeitsplätze abstellt (182), den Zugang aller dauerhaft hier lebenden MigrantInnen zum Arbeitsmarkt (183) sowie faire Teilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern (184). Mehr Anstrengungen zur Begleitung, Schulung und Integration Arbeitsloser, sowie mehr Augenmerk auf Zeitwohlstand (Freizeiten, freie Verfügung über Zeit, Sonntag) sollten die Politik prägen (185f).

Wirtschaft (S. 75-79)

Wirtschaft muss nicht nur sachgerecht, sondern auch menschen- und gesellschaftsgerecht ausgerichtet werden. Denn sie ist für den Menschen da. Reine Geldökonomie sagt nichts über den Sinn wirtschaftlichen Handelns aus - der sparsame Umgang mit sozialen oder ökologischen Ressourcen ist z.B. oft nicht in Geld ausdrückbar, und doch ökonomisch vernünftig und nötig. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen - und nicht umgekehrt.

Marktwirtschaft ist nötig und nützlich. Ein besonderes Problem sehen die Kirchen darin, dass **marktwirtschaftliche Kriterien heute auf Leistungen und Zwecke übertragen werden, für die sie nicht angemessen sind**: Pflege von Alten. Was am Markt nicht bezahlbar sei, werde auf die Menschen - meistens Frauen - abgewälzt (188f). Ökonomische Alternativen sollen gefördert werden - z.B. Tauschkreise (190).

Besonders betonen die Kirchen, dass der Staat und seine Aufgaben nicht wie ein Unternehmen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln kann und soll, wie heute politisch oft behauptet wird. Der Markt darf nicht "sich selber überlassen" werden, sondern er benötigt Regeln und Grenzen. Eine ausgleichende Steuer- und Sozialpolitik muss gerade nicht dem Markt entsprechen, sondern für die Menschen da sein (191f). Die Staaten sollen sich nicht in Konkurrenz um "Standorte" und Forschung gegen einander ausspielen lassen, sondern mehr zusammenarbeiten und z.B. ihre Steuerpolitik koordinieren (193).

Die Kirchen wollen, als Gesprächspartner der Wirtschaft, in ihren eigenen Diensten und Unternehmen **für eine menschliche und ökologische Orientierung der Wirtschaft eintreten und sie schrittweise verwirklichen**. Dazu gehören z.B. ökologisch hergestellte und fair gehandelte Produkte (197f). Sie wollen dazu auch ethisch-nachhaltig ihr Geld investieren (201). Alle ChristInnen sollen in ihrem wirtschaftlichen Halten, insbesondere bei der Geldanlage, auf humane und ökologische Kriterien achten.

Von der Wirtschaftspolitik erwarten die Kirchen mehr **Verständnis für non-profit-Wirtschaftsformen**, ein umfassendes, nicht nur an Markt und Geld ausgerichtetes **Wirtschaftsverständnis** (203), sowie mehr **Forschungsförderung** (205). Die EU soll durch Kooperation (Steuern) den schädlichen Wettlauf um Standorte etc. eindämmen (204). Ein gerechteres Steuersystem soll weniger die menschliche Arbeit, dafür aber mehr den Eingriff in Umwelt und die Ressourcen besteuern (206). Betriebe sollen Corporate Social Responsibility und Sozial-, Geschlechter- und Umweltbilanzen vorlegen.

Soziale Sicherheit (S. 80-85)

Es ist einsichtig und notwendig, die sozialstaatlichen Leistungen ständig der Gesellschaft anzupassen und weiter zu entwickeln. Ziel muss aber die Erhaltung und Verbesserung, nicht die Zerschlagung, Auslagerung und Einsparung sein. *"Der Sozialstaat ist Voraussetzung dafür, dass die Werte von Individualität und Freiheit nicht nur ein Privileg der*

Einkommensstarken und Vermögenden sind, sondern allen Menschen zukommen." (212). Soziale Sicherheiten, gute Bildungsmöglichkeiten etc. zählen sich für eine Gesellschaft auch ökonomisch aus. Wohlstand darf niemanden ausschließen. 99 % der Bevölkerung seien gesetzlich gesundheits- und pensionsversichert. "Die laufend eingezahlten Beiträge zu diesen Versicherungen werden nicht von Banken verwaltet oder in Fonds angelegt, sondern laufend an die Pensionsbezieher und PensionistInnen ausbezahlt. Dieses Umlagesystem ist, wie sich in Jahrzehnten gezeigt hat, wesentlich sicherer als private Versicherungssysteme, die vom Kapitalmarkt und den Börsen abhängig sind." (214).

Das Umlagesystem leidet natürlich unter einer Entwicklung, wo mehr ältere weniger Aktiven gegenüber stehen. Besonders Frauen sind die Leidtragenden, wenn dann noch die Versicherungszeiten ausgeweitet werden, weil sie in der Regel durch Kinder- und Hausarbeit wesentliche Jahre nur gering versichert sind und dadurch potenziert weniger Leistungen (z.B. Pension) erhalten. Hier ist eine deutliche, wenn auch nicht explizit so genannte Kritik an der Pensionsreform in Österreich enthalten. **Frauenarmut und Altersarmut seien die Folge falscher Entwicklungen.** (216).

Höhere Kosten bei **Pflege- und Gesundheitsversicherung** schaffen ein ähnliches Problem in diesen Segmenten der Sozialversicherung (217f). *"Die Finanzierbarkeit von Krankenversicherung und Pensionen ist in hohem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, eine Frage des politischen Willens und einer ausgewogenen Verteilung der Lasten. Unter dem Vorwand der Unfinanzierbarkeit die Risiken zu privatisieren und damit die Schwächeren überdurchschnittlich zu belasten, bedroht den solidarischen Zusammenhalt."* (219). Mit dieser ebenfalls deutlichen Kritik an gewissen Projekten der Gesundheitsreform (vgl. höhere Selbstbehalte, Ambulanzgebühren etc.) wird die Forderung nach langfristigen und nachhaltigen Lösungen, die aus dem gesellschaftlichen Reichtum aller finanziert werden, verbunden.

300.000 akut Arme verlangen mehr und echte Armutsbekämpfung, d.h. neue soziale Netze anstatt Abbau (vgl. die Pläne zur Abschaffung der Notstandshilfe und die Reduktionen des Arbeitslosengeldes für Bezieher mit mehreren Kindern). Bildung und soziale Wohlfahrt und ähnliche öffentliche Güter und Dienstleistungen seien "Ausdruck institutionalisierter Solidarität" (220f). "Ein schlanker Staat kann kein Selbstzweck sein" (223). Dagegen fordern die Kirchen eine "**Sozialverträglichkeitsprüfung**" bei allen politischen Einschnitten und Reformen, besonders mit Augenmark auf das Verhältnis der Geschlechter.

Die Kirchen sprechen ihre **Option für die Armen**, zur Verteidigung ihrer sozialen Rechte und Würde, für freiwillige soziale Dienste und große Leistungen der Caritas und Diakonie aus (225-229). Vom Staat verlangen sie einen **aktiven Sozialstaat**, Sozialverträglichkeitsprüfung für Gesetze und die Erhaltung der sozialen Versicherungssysteme (umlagefinanziert). Sie wollen eine Valorisierung des Pflegegeldes, um es an die Bedürfnisse und Kosten anpassen zu können, eine umfassende Versorgung der Asylwerber und den freien gesicherten Zugang zu Wasser, Energie, öffentlichem Verkehr, aber auch Bildung und Gesundheit für alle Menschen (230-235).